

BLICKPUNKT

Kommunales Mitteilungsblatt der DKP Heidenheim
V.i.S.d.P DKP Heidenheim Wilhelm Benz

BLICKPUNKT Nr. 02

Juli 2012

Jahrgang 41

Mit der Energiewende zu mehr Demokratie und gläsernen Taschen

Stadtwerke Heidenheim

Mehr Demokratie und Mitbestimmung durch Kommunalisierung

Der Philosoph Günther Anders sagte zum Beginn des Atomzeitalters:

„Was alle treffen kann, betrifft alle“.

Deshalb ist nicht zu verstehen, warum die alles bestimmende Frage nach Demokratisierung der Energie-Struktur nicht thematisiert wird.

Liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger, zu unserer tägliche Arbeit brauchen wir in unseren Haushalten Strom, Gas, Wasser und Wärme. In Heidenheim gibt es einen Dienstleister, die Stadtwerke Heidenheim AG, die zu 100 Prozent im Besitz der Stadt Heidenheim ist. Von 1865 bis 1973 belieferte der ehemals städtische Betrieb unsere Haushalte mit den so lebenswichtigen Grundbedürfnissen. Eine große Gemeinderatsmehrheit beschloss 1973 die Privatisierung dieser kommunalen Einrichtung in eine Aktiengesellschaft. Mit dieser Entscheidung sind alle demokratischen Grundrechte unserer Kommunalvertreter aufgegeben worden. Die Informationspflicht über alle betriebswirtschaftlichen Zusammenhänge an die Bevölkerung beschränkt sich bis heute auf einen nach dem Aktiengesetz festgelegten Geschäftsbericht, der weder im Gemeinderat noch sonst wie öffentlich besprochen wurde und wird.

Konzessionsabgabe und Gewinnabführung

Mit einer so genannten Konzessionsabgabe und einem Gewinnabführungsvertrag bedient sich die Stadt Heidenheim aus den Erträgen die durch Gebühren und Tarifen den Haushalten, Gewerbetreibenden und der Industrie berechnet werden. Ersatz-, Unterhaltungs-

und Neuinvestitionen müssen somit logischerweise aus den Gebühren- und Tariferträgen gedeckt werden. Hinzu kommt auch, dass die Stadtwerke Heidenheim AG verschiedene

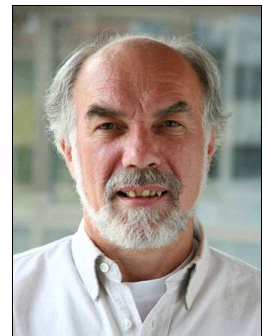
Vereine sponsern welche freiwillige kommunale Aufgaben erfüllen, die ansonsten über kommunale und demokratische Entscheidungen im Gemeinderat beschlossen werden müssten. Mit anderen Worten: Die Stadtwerke Heidenheim erfüllen Aufgaben, die nicht zu ihren „Kern“-Aufgaben und zur Daseinsvorsorge der Haushalte, wie z.B. auch Parkplätze bewirtschaften, zählen.

Konzessionsvertrag läuft aus

Der zwischen der Stadt Heidenheim und seiner Tochter Stadtwerke Heidenheim AG geschlossene, so genannte Konzessionsvertrag, läuft nach 20 jähriger Dauer zum 31.12.2012 aus. Diese Tatsache lässt, auch Angesichts der Energiewende, neue Überlegungen zu.

Mehr Demokratie und Mitbestimmung

Kommunale Selbstbestimmung, demokratische Kon-



R. Püschel
DKP - Stadtrat



(Fortsetzung auf Seite 2)

(Fortsetzung von Seite 1)


trolle und Transparenz und die Übernahme von Aufgaben durch die öffentliche Hand sind wichtige Voraussetzungen für öffentliche Kontrollen und demokratische Entscheidungen.

Günstigere Preise, besser Leistungen

Kommunale Unternehmen stehen nicht unter Profiterwartungen wie eine Aktiengesellschaft. Kommunale Unternehmen arbeiten aufwandsdeckend, was nicht ausschließt, dass sie Gewinne machen. Entscheidend ist, dass es transparente Entscheidungen gibt, wie die Gewinne verwendet werden. Gerade bei der Verteilung von Strom, Gas, Wasser und Wärme, den Grund-

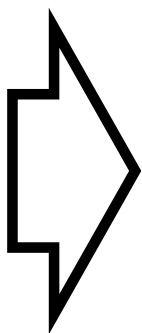
produkten der Daseinsvorsorge, ist die totale Transparenz, verbunden mit demokratischen Entscheidungen, eine zukunftsweisende kommunale Unternehmensform.

Die gegenwärtige Entwicklung zeigt, dass mit der Energiewende immer mehr Kommunen neue Schritte zu offenen und demokratischen Unternehmensformen gehen. Wir von der DKP meinen, dass es sich auch für Heidenheim lohnt, für die Stadtwerke Heidenheim AG eine transparente und demokratische Alternative zu schaffen.

Mit der Energiewende hin zu mehr regenerativen Energien und kommunaler Transparenz. 

Unser Vorschlag:

Noch vor Ablauf des 20-jährigen Konzessionsvertrags zwischen der Stadt Heidenheim und seiner 100%-Tochter Stadtwerke Heidenheim AG zum 31.12.2012 ist der Weg für eine Rückübertragung aller notwendiger Aufgaben an die Stadt Heidenheim gegeben.



1. Gemeinderat und Stadtverwaltung sollen alle zur Verfügung stehenden rechtlichen Schritte einer Rückübertragung der Leistungen der Stadtwerke Heidenheim AG, die zur kommunalen Daseinsvorsorge notwendig sind, prüfen.

Dabei sollen

2. verschiedene Modelle kommunaler Eigengesellschaften untersucht werden.

Mit der Energiewende bekommt die Energieversorgung im Hinblick auf das Allgemeinwohl eine drastisch höhere demokratische und damit öffentliche Bedeutung.

Die mit der Energiewende verbundenen kommunalen Überlegungen, sich verstärkt mit Photovoltaik, Windenergie und/oder anderen Formen alternativer Energiegewinnung zu beschäftigen, rechtfertigen Überlegungen, die Stadtwerke Heidenheim AG in eine erweiterte kommunale Mitbestimmungsform zu überführen.

Die Versorgung der Haushalte, des Handwerks und der Industrie mit Strom, Gas, Wasser und Wärme rechtfertigt eine neue Periode kommunaler Selbstverwaltung, demokratischer Mitbestimmung und wirtschaftlicher Transparenz. Demokratisch legitimierte Stadtwerke in öffentli-

cher Hand mit dem Geschäftsziel einer bezahlbaren, ökologisch und sozial verträglichen Energieversorgung. Dies muss bei einer (Re) Kommunalisierung festgeschrieben werden.

Die SPD im Landkreis schlägt in ihrer **Heidenheimer Erklärung 2012** eine nachhaltige Energiewende vor, die Schritte beinhaltet, die ein dezentrales bürgerschaftlich getragenes Beteiligungsmodell durch örtliche Bürger- oder Energiegenossenschaften unterstützt.

Die DKP Heidenheim registriert solche Entwicklungsprozesse positiv.

Noch vor den Sommerferien wird der Gemeinderat der Stadt Heidenheim sowie die Stadtverwaltung über den DKP-Vorschlag unterrichtet



Eugen-Jaekle-Platz 2003
Aktion der DKP zur den Strompreisen

werden.



DKP Stadtrat Püschel schreibt an Stadtwerke Heidenheim AG

An die
Geschäftsleitung
der Stadtwerke Heidenheim AG
Meeboldstr. 1
89522 Heidenheim

Heidenheim, den 02. Juni 2012

Sehr geehrte Damen und Herren,

immer mehr Hartz-IV-Bezieher bekommen den Strom gesperrt, weil sie ihre Rechnungen nicht mehr bezahlen können. Von einer solchen Abschaltung waren im vergangenen Jahr 200 000 Menschen betroffen, wie das ARD-Magazin Report Mainz im Mai 2012 unter Berufung auf den Paritätischen Gesamtverband vorab berichtete.

„Wir haben mittlerweile eine Unterdeckung, die kann im Jahr bei einem Vier-Personenhaushalt bis 150 Euro betragen“, sagte Verbandsgeschäftsführer Ulrich Schneider. „Das Geld haben die Menschen nicht“!

Nach Angaben des Instituts für Arbeitsmarkt -und Berufsforschung (IAB) konnten schon im Jahr 2010 rund 156 000 Hartz-IV-Haushalte ihre Gas-, Strom- und Wasserrechnungen nicht pünktlich bezahlen.

Der Stromanteil im Arbeitslosengeld II sei für die gestiegenen Energiekosten zu gering bemessen, meinte Schneider.

Ich bitte um die Beantwortung meiner Fragen:

1. Trifft es auch für Heidenheim zu, dass Hartz-IV-Bezieher ihre Gas-, Wasser oder Stromrechnungen nicht bezahlen können?
2. Wie vielen Heidenheimer Hartz-IV- Beziehern wurde der Strom bzw. das Wasser gesperrt, weil sie die Rechnungen nicht mehr bezahlen konnten?

Für die schriftliche Beantwortung meiner Fragen wäre ich Ihnen dankbar.

Mit freundlichen Grüßen



Antwort siehe nebenstehenden
Bericht HNP 29.06.2012

Kein Geld für Strom?

Hartz IV: DKP fragte nach

Angehts überregionaler Medienberichte, laut denen viele Hartz-IV-Bezieher ihre Energierechnungen nicht bezahlen können, hat sich DKP-Stadtrat Reinhard Püschel nach der Situation vor Ort erkundigt.

Unter anderem hatte das TV-Magazin „Report Mainz“ berichtet, dass immer mehr Hartz-IV-Beziehern der Strom gesperrt werde, weil sie ihre Rechnungen nicht bezahlen können. Der Stromanteil im Arbeitslosengeld II sei für die gestiegenen Energiekosten zu gering bemessen.

„Wenn man bedenkt, dass die Stromkosten in der nächsten Zeit noch höher werden sollen, dann wird es für noch mehr Geringverdiener zum Problem“, so Püschel. Sein Schreiben an das Job-Center und die Stadtwerke sieht Püschel als „dürftig bis schlecht beantwortet“. Die Stadtwerke wüssten nichts von der Problematik, das Job-Center berichte von fünf bis zehn Hartz-IV-Beziehern, die Probleme mit dem Bezahlen der Stromrechnungen haben. Als Stadtrat hat Püschel schon mehrfach einen Armutsbericht für Heidenheim gefordert. „So ein Bericht ist notwendiger als je zuvor“, so Püschel.

Statistik nach SGB II (Hartz VI) Landkreis HDH

Zahl der Kinder unter 15 Jahren im SGB II (Armutsgrenze)	1.399
über 15 Jahre im Bezug SGB II	4.244

Alleinerziehende im SGB II Anteil an den Bedarfsgemeinschaften	23,7 %
--	--------

Anzahl der Privatinsolvenzen Verfahren insgesamt Landkreis HDH			
im Jahre 2008	156 Fälle		
im Jahre 2010	265 Fälle	+109 =	69,87%

Öffentliche Jugendhilfe Fallzahlen §§ 27, 29, u. 30 - 35 SGB VIII	
von 268 in 2005	auf 442 Fälle Hilfen zur Erziehung 2010



Eine soziale Statistik oder Armutsbericht für den Landkreis und für die Stadt Heidenheim ist zur Entscheidungsfindung für die Kommunalparlamente wichtiger denn je!

Clara Zetkin

in ihrer Eröffnungsrede als Alterspräsidentin des Reichtags am 30 August 1932

(...) Wenn heute das Parlament innerhalb bestimmter Grenzen für den Kampf der Werktätigen ausgenutzt werden kann, so nur dann, wenn es eine Stütze hat an kraftvollen Aktionen der Massen außerhalb seiner Mauern. (...)

Clara Zetkin

zum

155. Geburtstag

geboren am

05. Juli 1857

in Wiederau Sachsen



Kreisorganisation Heidenheim

Wilhelm Benz, Schumannstraße 3
89518 Heidenheim Telefon: (07321) 42424
Mail: WilhelmBenz@aol.com



Heidenheim, den 01. Juni 2012

Herrn
Andreas Stoch MdL Baden-Württemberg
Wilhelmstraße 9/2

89518 Heidenheim an der Brenz

Unser SPD-Wahlkreis-MdL

Sehr geehrter Herr Stoch,
wir, die nachstehenden Unterzeichner dieses Briefes bitten Sie, als Mitglied der SPD und MdL der Regierungspartei und parlamentarischer Geschäftsführer im Landtag von Baden-Württemberg, im Sinne unserer nachstehenden Bitte tätig zu werden.
Unser Anliegen lautet: Der Verfassungsschutz von Baden-Württemberg soll unverzüglich seine Beobachtertätigkeit bezüglich der Organisation VVN-BdA einstellen.
Wir beziehen uns dabei auf die diesem Schreiben beigelegte Erklärung dieser Organisation. Die darin angeführten Argumente und Fakten zur Historie und dem politischen Wirken der VVN-BdA verdienen Hochachtung anstatt Diskreditierung.
Wir erinnern überdies an die Aussage von Herrn Claus Schmiedel gegenüber der VVN-BdA, wonach der Verfassungsschutz nach seinem (SPD) Dafürhalten, auf eine Nennung der VVN-BdA verzichten könne.
Wir meinen dass es an der Zeit ist, die versprochene Neue Politik einzulösen und alte Zöpfe der Vorgängerregierung abzuschneiden.
Bitte tragen Sie zu deren Verwirklichung bei und verwenden Sie sich hinsichtlich unserer Bitte, die VVN-BdA als demokratische, verfassungstreue Organisation in ihrem Wirken zu würdigen.

Mit freundlichen Grüßen

Anlage: Presseerklärung der VVN-BdA

DKP Heidenheim

Die Presseerklärung der VVN-BdA kann angefordert werden.

W. Benz
Vorsitzende Wilhelm Benz
und weitere Unterzeichner

Hans Feuertand
Hans Stoch
A. Vissel

Johann Notheis
Alfred Stoch

Zur Information

- **DVU**: Nach über einjährigem Rechtsstreit erklärten die Anwälte der nach der Verschmelzung der DVU mit der NPD Ende 2010 dagegen klagenden Landesverbände Schleswig-Holstein, Niedersachsen und Nordrhein-Westfalen jetzt gegenüber dem Münchener Landgericht ihre Klage für erledigt. Damit hat die DVU, die einst mitgliederstärkste rechts-extreme Partei Deutschlands, zu existieren aufgehört. Vor der Verschmelzung hatte die DVU noch 3000 Mitglieder, von denen offensichtlich jedoch die Mehrheit sich nicht der NPD anschloss.



- **"DIE RECHTE"**: Fast zur gleichen Zeit, am Pfingstsonntag, bildete sich in Hamburg unter Ausschluss der Öffentlichkeit eine neue Partei im rechtsextremen Spektrum. Unter dem Namen "DIE RECHTE" fanden sich eine Reihe ehemaliger Funktionäre der DVU und weitere bekannte Neonazis zusammen, darunter der deutschlandweit bekannte Christan Worch. Noch nichts ist bisher über Beweggründe und Ziele der neuen Gruppierung bekannt. Angekündigt ist für dieses Jahr ein weiterer Parteitag mit Vorstandswahl.



Nie wieder CDU! -Die Unglaublichen-

Die Fakten:

Sein Freund, der Bänker, der Immobilienspekulant Dr. Dirk Notheis, der Vorstandsvorsitzende der Morgan Stanley AG und bis 2011 noch Mitglied im Vorstand der Südwest-CDU, fädelte den Deal mit dem Rückkauf der ENBW-Anteile beim französischen EdF-Konzern ein. Mappus nutzte das Notbewilligungsrecht des Finanzministers. Der Staatsgerichtshof erklärte im Herbst 2011, dass die Ausschal-

Foto: dpa



Mappus
Ehemaliger CDU-
Ministerpräsident von Ba.-Wü.



Dr. Dirk Notheis 2009 beim CDU Jahresempfang in HDH
Die CDU-Spitzen ohne OB Ilg mit lachenden Gesichtern.

tung des Parlaments verfassungswidrig war.

Beim Kauf der EnBW-Aktien gab Notheis den Takt vor. Mappus, der Exministerpräsident ließ sich von seinem Intimus-Freund Notheis dirigieren. Mappus wurde zur Bankmarionette. Notheis diktierte Mappus wann er welche Regierungsmitglieder einweihen sollte.

Die CDU-Spätzle- und CDU-Maultaschen-Connection organisierte für Morgan Stanley ein lukratives Geschäft. 12,8 Millionen Euro sind bei diesem Deal für die Bank herausgesprungen.

Die CDU-Baden-Württemberg hat ihr politisches Vertrauen verspielt. Sind solche Machenschaften keine kriminelle Handlungen? Gehören solche Handlungen nicht strafrechtlich verfolgt?

Höchste Zeit wird es, dass sich auch die Heidenheimer CDU zu diesen Machenschaften ihrer „Hoffnungsträger“ äußert. Sich wenigsten von solchen Praktiken zu distanzieren, wäre von den politischen und öffentlichen Mandatsträgern das Mindeste.